

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

22.3.1928 (No. 70)



# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsruher-  
straße Nr. 14  
Fernsprecher:  
Nr. 953  
und 954  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3518

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
E. A. M. n. n.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Werbungen taxifreier Rabatt, der als Kassencabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigenerhebung, zwangsweiser Verbreitung, und Kontraktverfahren fällt der Fall die Zeitung verdrängt, in beständigem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Bestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsbasis erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanzeiger für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Volksblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtages

### Amtlicher Teil

#### Erholungsheim Annaberg

Das Erholungsheim Annaberg in Baden-Baden wird am 1. April 1928 wieder eröffnet. Das Heim kann Kriegsbeschädigten und Minderbemittelten als Erholungsaufenthalt empfohlen werden.

### Die Genfer Abrüstungsverhandlungen

#### Die Aussprache über den russischen Entwurf

M. Berlin, 22. März. (Priv.-Tel.) In Paris scheint man — wie die von dort kommenden Meldungen erkennen lassen — mit dem bisherigen Ergebnis der Genfer Konferenz außerordentlich zufrieden. Namentlich gilt das von der Rede des englischen und des amerikanischen Vertreters. Man ist nunmehr überzeugt, daß damit die sog. russische Opposition im Keim erstickt worden ist.

Etwas wenig beachtet wurde die Rede des Ministers Pallas, der sich selbstverständlich gegen die russischen Vorschläge wendete, wobei er aber eine Äußerung machte, die voraussichtlich sehr viele Erwiderungen hervorrufen wird. Er meinte nämlich, daß eine völlige Entwaffnung gegen die Völkerbundsstaaten verstoße und daß jeder Staat genügend gerüstet sein müsse, um sich an einer vom Bund angeordneten Aktion zu beteiligen. Der Vergleich mit dem Vertrag von Versailles liegt hier nahe genug.

#### Die Mittwochreden.

Bei Fortsetzung der Aussprache über den russischen Abrüstungsentwurf ergreifend Mittwochvormittag in Genf der holländische Delegierte Nütgens im Abrüstungsausschuß des Völkerv. Er kritisierte eingehend die russische These und erklärte: Die vollständige Abrüstung, die nach russischer Auffassung die einzige Möglichkeit zur Verhinderung bewaffneter Konflikte ist, würde heute die Völker der Welt für revolutionäre Veränderungen aussetzen, die um so gefährlicher sind, als Revolutionen heute außerhalb der Grenzen derjenigen Länder vorbereitet werden können, gegen die sie gerichtet sind. Außerdem gibt es noch andere Gründe als das Vertrauen für das Entstehen von bewaffneten Konflikten. Die These von der vollständigen Abrüstung ist also falsch und gefährlich. Durch eine vollständige Abrüstung würde auch das heutige Gleichgewicht der Mächte (?) gestört werden, das zwar nicht besonders glücklich ist, von dem jedoch die Aufrechterhaltung des Friedens abhängt.

Sodann sprach der Schwede Kennings, der erklärte, ein erster Schritt zur Abrüstung müsse getan werden.

Nachmittags sprachen die Vertreter Belgiens, Bulgariens, Jugoslawiens, Finnlands und Kubas, worauf der Berichterstatter Pallas die kritischen Bemerkungen zusammenfaßte. Er sprach sich ebenfalls dagegen aus, die bisherige Arbeitsbasis des vorbereitenden Abrüstungsausschusses aufzugeben, betonte aber die Möglichkeit, auf Grund des russischen Abrüstungsentwurfes bei der 2. Sitzung des kombinierten französisch-englischen Entwurfsaufschusses einzubringen. Ferner gab Pallas dem Wunsch nach weiterer Mitarbeit der russischen Delegation lebhaften Ausdruck. Diese Mitarbeit könne am besten durch den Beitritt Sowjetrusslands zum Völkervbund bewirkt werden. Insbesondere sei es zu empfehlen, daß Rußland mit seinen sämtlichen Nachbarstaaten Nichtangriffspakte abschließen, da es auf diese Weise praktische Garantien zur Erhöhung der Sicherheit geben würde.

Die nächste Sitzung, die eine ausführliche Entgegnung Litwinows bringen wird, ist auf heute Donnerstag nachmittag angeberufen worden.

W.W. London, 22. März. (Tel.) „Daily News and Westminster Gazette“ sagt in einem Leitartikel: Trotz seines unrealen Charakters hat der russische Plan bereits ein gutes Ergebnis erzielt. Er hat die Mitgliedstaaten veranlaßt, mit einer gewissen Verschämung Aufklärung darüber zu geben, warum die internationalen Bemühungen um die Abrüstung so mühselig, langsam und unüberzeugend sind. Er hat die rivalisierenden, das gegenseitige Mißtrauen, die Interessengegensätze und die Selbstsucht beleuchtet, die es so schwer machen, auch nur den technischen Rahmen für eine allgemeine Abrüstungsverminderung zu entwerfen.

### Die Lage des Arbeiters in der Sowjetunion

W.W. Paris, 22. März. (Tel.) „Matin“ veröffentlicht Erklärungen eines französischen Arbeiters, der als Elektromonteur bis vor kurzem in der Sowjetunion gearbeitet hat, die russische Sprache beherrscht und bereits von 1907 bis 1918 dort tätig war. Er erklärt, daß er im täglichen Verkehr mit den russischen Arbeitern den Eindruck gewonnen habe, daß niemand zufrieden sei und alle irgend ein anderes Regime wünschten, nur nicht der Bolschewismus. Das neue Regime habe den Arbeitern lediglich einen Vorteil gebracht, nämlich einen vierwöchigen Urlaub ohne Lohnabzug. Gegenwärtig müßten sich drei Arbeiterfamilien mit zusammen einem Zimmer begnügen. Jede Fabrik habe einen politischen Direktor, der nichts anderes tue als zu spionieren und die Arbeiter drangsalieren.

Die Eisenbahnerorganisationen haben den Schiedspruch als untragbar bezeichnet.

### Letzte Nachrichten

#### Zur politischen Lage

M. Berlin, 22. März. (Priv.-Tel.) Der Reichstag ist mit seiner eigentlichen Arbeit nunmehr fertig, da alle kritischen Punkte so gut wie erledigt sind. Die kritischen Fragen sind überwunden, nachdem das Kriegsschadensersatzgesetz angenommen worden ist und das Zentrum und die Deutsche Volkspartei in der Frage des Gezeirerfischkontingents nachgegeben haben. Auch ist die Einigung zwischen den Ländern und dem Reich über die Rentenbankkreditanstalt und die Beteiligung der Länderinstitutionen durchgeführt. Wichtig war in den gestrigen Erklärungen des Reichsfinanzministers vor dem Haushaltsausschuß die Mitteilung, daß die Sperrung des außerordentlichen Etats schon am 1. März begonnen hat. Damit werden u. a. die Arbeiten am Mittellandkanal unterbrochen.

Reichsminister Dr. Marx empfing am Mittwoch die Vertreter aller Reichsparteien mit Ausnahme der Kommunisten zu einer Besprechung über die schwebenden politischen Fragen, besonders über die Beamtenfragen, da die Deutschnationalen an ihren Personalforderungen festhalten. Später hielten die Führer der ehemaligen Regierungsparteien und der Opposition eine Besprechung ab, in der die Schwierigkeiten besprochen wurden, die der parlamentarischen Durchführung des Notprogramms noch im Wege standen. In dieser Besprechung, in der von allen Seiten der Wille zur sachlichen Arbeit gezeigt wurde, wurde eine Einigung über alle Fragen erzielt, so daß nach der Auffassung maßgebender Parlamentarier die ruhige Abwicklung der noch ausstehenden Aufgaben gesichert ist. In der Frage der Beamtenentlohnung wurde eine Vereinbarung dahin getroffen, daß die Parteien ihre Wünsche zurückstellen, so daß die in dem Besetzungsgesetz und seinen Anmerkungen vorgesehenen Verbesserungen durchgeführt werden, daß die Erledigung der Entscheidungen des Reichstages aber einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleibt.

#### Abrüstungsdebatten im Unterhaus

M. Berlin, 22. Febr. (Priv.-Tel.) Für die heutige Debatte des Unterhauses, in welcher der Marineetat behandelt werden wird, werden lebhafteste Rundgebungen erwartet. Die Opposition hat eine Resolution eingebracht, in der das Verlangen der in Genf geführten Verhandlungen über die Abrüstung zur See festgesetzt wird mit dem Hinweis, daß die einzelnen Parteien den Krieg als Machtmittel nicht aufgeben wollen, und daß die Frage der Freiheit der Meere noch nicht gelöst sei. Die Regierung wird aufgefordert, mit Amerika den Antikriegspakt zu schließen und zwar, was historisch sehr interessant ist, unter Verzicht auf das Blockaderecht.

#### Befestigungskandal bei der Reichsbahn

M. Berlin, 22. März. (Tel.) Ein Befestigungskandal, der in den Kreisen der Deutschen Reichsbahn spielt, beschäftigt augenblicklich die Staatsanwaltschaft I Berlin und die Disziplinarkommissionen. Wie die „B. Ztg.“ berichtet, scheint festzustellen, daß während des letzten Jahres an hohe Beamte der Reichsbahn Befestigungsgelder ungefähre im Betrage von 100 000 M gegeben worden sind. Als vor einigen Monaten Gerüchte aufstauten, daß bei der Verteilung für Lieferungen für die Eisenbahnbetriebe nicht alles mit rechten Dingen zugehe, wurde von der Hauptverwaltung der Reichsbahn festgestellt, daß von einer großen Kassarfirma, die Material für Güterwagen lieferte, 100 000 M Befestigungsgelder bezahlet worden seien. Bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin ist zur Untersuchung der Angelegenheit ein besonderes Dezernat eingesetzt worden. Staatsanwaltschaftsrat Hermann hat bereits in Köln die Bücher der Firma beschlagnahmt, aus denen die Überweisung der Befestigungsgelder hervorgeht. Dem genannten Blatt zufolge soll es sich hauptsächlich um einen Oberbau und einen Reichsbahndirektor handeln.

#### Spanien und der Völkerbund

W.W. Madrid, 22. März. (Tel.) Der Ministerrat billigte gestern einstimmig die Antwortnote Primo de Rivera auf die Einladung Spaniens zum Wiedereintritt in den Völkerbund. Aber den Inhalt der Note wird von allen Regierungsmitgliedern vollständiges Stillschweigen bewahrt, da der Wortlaut erst morgen dem König vorgelegt werden wird.

#### Staatskredite mit Hilfe von Sowjetbeamten

W.W. Moskau, 22. März. (Tel.) Vor dem Obersten Gerichtshof begann gestern ein Prozeß gegen zwei Moskauer Privatkreditgesellschaften auf Gegenseitigkeit, die angeklagt sind, sich auf ungesetzlichen Wege zu spekulativen Zwecken Staatskredite verschafft zu haben. Unter den 42 Angeklagten befinden sich der Vorsitzende und Mitglieder der Verwaltung dieser Gesellschaften, sowie eine Reihe von Angestellten des Finanzkommissariats und der Staatsbank, die gegen Befestigungsgelder der Gewährung von Krediten Vorschlag leisteten. Der Liquidationsausschuß beider Gesellschaften erhob Zivilklage. Die Summe des Streitgegenstandes beträgt über sechs Millionen Rubel.

### Staat und Wirtschaft

Die meisten deutschen Unternehmungen pflegen ihren Jahresberichten auch allgemeine Ausführungen voranzusetzen zu lassen, in denen große prinzipielle Fragen der Wirtschaftspolitik behandelt werden und die wirtschaftliche Situation vom Standpunkt der betreffenden Unternehmungen aus geschildert wird. Besonders Interesse finden mit Recht immer die Berichte der Großbanken, von denen aus ja in weitem Umfang das Leben der deutschen Wirtschaft, seine Erfordernisse und die in den einzelnen Kreisen herrschenden Stimmungen überschaut werden. Aus dem Bericht der Darmstädter und Nationalbank seien hier Ausführungen solcher Art wiedergegeben:

Zunächst wird die Aufgabe geschildert, die Politik und Wirtschaft haben. Sie kämpfen nunmehr im zehnten Jahre nach Beendigung des Weltkrieges unverändert um das Ziel, veränderte Begriffe und Grundlagen materieller, geistiger und moralischer Natur wiederherzustellen und neu aufzubauen, um dem trotz aller Erschütterungen niemals verloren gegangenen Lebenswillen des deutschen Volkes gesunde, zur Volkswohlfahrt und damit zur Volkshultur führende Darlebensformen zu schaffen. Eine Reihe neuer Erfolge ist errungen, die schwierigsten und gefährlichsten Probleme liegen jedoch noch vor uns. Politik und Wirtschaft sind enger denn je zu gemeinsamem Wirken zusammengeführt. Die natürlichen Grenzen der Begriffe Staat und Wirtschaft dürfen sich aber dadurch nicht verwischen, noch weniger darf ein zu starker Übergriff des einen in das Gebiet des anderen Teiles den natürlichen Entwicklungsgang gefährden. „Staat und Wirtschaft“ sind beide am besten daran, wenn sie sich gegenseitig drei Schritte vom Leibe bleiben und alle Doktrinen, die einer engeren Verquickung beider, ja einer irgendwie gearteten Deduktion das Wort reden, haben vor der Wirklichkeit schlecht bestanden. Merkantilismus und Sozialismus, Autarkielehren und Staatskapitalismus. Diese Äußerung Willy Hellpachs in seinem Buche: „Politische Prognose für Deutschland“ wird man sich bei der Behandlung der in Zukunft noch zu lösenden Fragen stets mit Augen vor Augen halten können.

Unsere Wirtschaft hat es verstanden, unter großzügiger Opferung, ja bewußter Vernichtung von aus früherer Zeit übernommenen Wirtschaftsformen einen organischen Wiederaufbau einzuleiten, der als gewaltiges Aktuum unserer Bilanz die Wiedereinfügung von 2 Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß für einen wesentlichen Teil des Jahres 1927 ergab, wodurch der große Kreislauf: Produktion, Konsum, Rentabilität einen außerordentlichen, aber natürlichen Impuls erhielt. Freilich ist vorläufig nur das Fundament für eine Rentabilität der Betriebe geschaffen, und man darf sich nicht zu sehr auf das scheinbar so einfache und sichere Heilmittel verlassen, das mit dem Rezept „Nationalisierung“ heute so häufig und gern verordnet wird. Weitgehende Sicherstellung der Rentabilität der Unternehmungen muß das Ergebnis sein, wenn sich trotz mancher Fehler und Zerrümer im einzelnen in mühevoller Arbeit erkämpfte technische und organisatorische Umordnungen als bleibender Wertfaktor für die Zukunft erweisen soll. Die Wiederaufbauarbeiten können unmöglich allein durch die Aufnahme von Anleihen oder Krediten durchgeführt werden, sondern müssen stärker aus den Erträgen unserer Arbeit herauswachsen. Unsere Unternehmungen können die Notwendigkeit von Gewinnen im Rahmen der ihnen obliegenden Aufgaben voll und ganz verantworten und dürfen sich auch ruhig dafür einsetzen, daß die Besitzer der Unternehmungen — die Aktionäre — durch die Dividende mit einem entsprechenden Anteil für das von ihnen durch die Vergabe von Kapital übernommene wirtschaftliche Risiko entschädigt werden. Die industrielle Entwicklung Deutschlands kann nur gesichert und fortgesetzt werden, wenn sie sich auf die breiten Schultern industriefreundlicher Volkskreise stützen kann, und wenn sich das neugebildete Kapital weitgehend zur Bewältigung dieser gewaltigen Aufgabe zur Verfügung stellt. Die im letzten Jahr wiederholt beobachtete Bewegung, daß sich in Deutschland große Kapitalien zu spekulativen oder anderen Zwecken an ausländische Bären begeben, ist verhängnisvoll und darf sich bei der augenblicklichen Situation unseres Kapitalmarktes keinesfalls fortsetzen.

In ihrem Streben nach neuer Entfaltung kann die Wirtschaft nicht übersehen, daß die zunehmende Einwirkung des Staates auf alles wirtschaftliche Geschehen eine Entlastung und damit eine Gefährdung der Entwicklung mit sich bringt. Gerade in ihrer rationalisierten Struktur braucht sie individuelle schöpferische Kraft und Leistung, denn nur diese kann in der unvermeidlichen Unsicherheit, die neue Gedanken und Entwicklungen, innere Notwendigkeiten und der Druck der Verhältnisse erzeugen, Klarheit und in den Wandlungen und Neugestaltungen, die wir erleben, Ordnung schaffen. Der soziale Grundgedanke, der ohne Einschränkung immer stärker zur praktischen Anwendung gebracht werden muß, ist gekennzeichnet durch die größere Beteiligung des Arbeitnehmers an den Erfolgen und Erträgen der Wirtschaft in Form von Lohn und sozialer Fürsorge. Diese grundlegende Einstellung wird zur gesunden Weiterentwicklung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung wesentlich beitragen, die ihrerseits wiederum die Voraussetzung für die Durchführung der Aufgaben ist, die Deutschland im Rahmen der Weltwirtschaft zu lösen hat.

Wir werden alle Kräfte aufzubieten haben, um diese großen allgemeinen Prinzipien der Anerkennung der individuellen Leistung und des sozialen Fortschritts für die nächsten Jahre miteinander in Einklang zu bringen, um durch diese Synthese unsere Unternehmungen zu höchster Ertragsfähigkeit zu führen und so die Möglichkeit zur Kapitalbildung zu gewinnen.

Der Kampf um das Ringen um diese neuen Formen bestimmt Wesen und Charakter unserer Zeit. Es ist der Re-



**Wohlfahrtsdruck der nach gefundenen Lebensgrundlagen drängen den Volksgemeinschaft.**

Staat und Wirtschaft müssen auch im jetzigen Stadium, das von ungeheurer Bedeutung für unsere zukünftige Entwicklung werden wird, angesichts der großen, mit einer ungewöhnlichen Regelmäßigkeit verbundenen Gefahren, in erster Linie die Lebensgrundlage der Bevölkerung, die Rentabilität, Kapitalbildung und soziale Fürsorge — nicht in einer erzwungenen und falschen, sondern in der natürlichen Reihenfolge versuchen. Dabei wird auch auf die Notwendigkeit des Steuerabbaues hingewiesen.

Die Kapitalzufuhr aus dem Ausland ist im vergangenen Jahre Gegenstand umfangreicher Erörterungen gewesen. Es kann keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß weder Geldgeber noch Geldnehmer es verantworten können, vom Auslande geliehene Gelder anderweitig als für produktive Zwecke zu verwenden. Dabei erscheint es von untergeordneter Bedeutung, ob eine solche produktive Verwendung bei rein unter privatrechtlicher Kontrolle stehenden Unternehmungen erfolgt oder bei solchen Gesellschaften, die unter staatlichen und kommunalen Einfluß gelangt sind. Keineswegs ist jedoch zu vernachlässigen, wenn auch zur Durchführung sozialpolitischer Ideen Auslandsdarlehen herangezogen werden.

Zur Lage der deutschen Landwirtschaft heißt es, daß sie als Produzent und Verbraucher ein gleich wichtiger Faktor für unseren wirtschaftlichen Kreislauf. Der Wert ihrer Produktion unter normalen Verhältnissen wird etwa gleich dem Werte der industriellen Produktion geschätzt. Die industrielle Produktion wiederum findet mit schätzungsweise 70 bis 80 % ihren Rückhalt am Absatz im Inlande. Die Landwirtschaft ist auch in erster Linie berufen, das gefährdende Ergebnis unserer Handelsbilanz zu verbessern. Eine Ermäßigung der Einfuhr ist im wesentlichen nur möglich durch eine Verringerung der Lebensmitteleinfuhr. Wir vermögen tatsächlich in ganz anderem Ausmaße als bisher den inländischen Bedarf selbst zu decken. Eine solche Entwicklung muß auch der Staat in großzügiger Weise durch weitgehende Förderung ermöglichen und sicherstellen.

Wenn es gelingt, diese innerdeutschen Probleme zu einer befriedigenden Lösung zu bringen, wird der Aufstieg, den wir im ganzen betrachtet, in den letzten vier Jahren, besonders im Jahre 1927, deutlich festzustellen vermögen, einen weiteren Antrieb erhalten. Das Kapital ist von Natur aus international, und nur elementare Ereignisse in der Politik oder auf anderen Gebieten können es von dieser natürlichen Veranlagung abbringen. Das Streben dieses Kapitals nach Deutschland kann daher auf die Dauer nur von Deutschland selbst durch eine falsche Wirtschaftspolitik unterbunden werden. Wir können hoffen, daß die Verständigungsatmosphäre in allen Wirtschaftsländern sich seither so verstärkt hat, daß, wenn der Daseinskampf der Völker in einem kritischen Punkte ihres Daseins anlangt, die dort behandelten Probleme eine neue grundsätzliche Klarstellung erfahren werden. Eine von Deutschland ausgehende Diskussion dieser Fragen während der ersten Etappe des Daseinskampfes scheint uns hierfür nicht förderlich zu sein. Deutschland soll nichts anderes beweisen, als daß es systematisch und methodisch mit allen materiellen und moralischen Kräften die Verpflichtungen, die ihm aus dem Plane erwachsen, zu erfüllen aufrichtig bemüht ist.

Wir bedürfen auch für die weitere Zukunft des Glaubens an den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands. In einem Entwicklungsprozeß wie diesem kann man nicht nur immer die Schwächen sehen. Man darf sich auch nicht bei jedem Fortschritt allein durch die Angst vor dem Abstieg fesseln lassen. Wirtschaft und Staatsführung müssen die Schwierigkeiten erkennen und klären und mit mutigen Unternehmungsgeist zu bewältigen versuchen, ohne in Rückschlägen gleich den beginnenden Untergang zu fürchten.

**Reichsversicherungsanstalt für Angestellte**

Nach dem Bericht für das Geschäftsjahr 1927 liefen am 31. Dezember 80 926 (1926: 80 382) Ruhegelder mit 8145 Kinderzuschüssen, 89 523 (83 479) Witwen- und Wölkrenten und 27 888 (24 078) Rentenrenten. Insgesamt waren im Berichtsjahre 80 288 (59 288) Versorgungsanträge zu bearbeiten. Der Gesamtaufwand für die Rentenleistungen betrug im Jahre 1927 111,4 Millionen M (62,7 Millionen M). Es beanspruchten hieron die Rentenleistungen, Abfindungen und Vertragsverpflichtungen 78,4 Millionen M und die einmalige Zahlung zur endgültigen Abgeltung für Rentenaufwendungen an Angestellte aus der Invalidenversicherung 33 Mill. M. Die Entwicklung zeigt wie im Vorjahr, daß mit starker Zunahme der Rentenbelastung zu rechnen ist.

Die Zahl der Anträge auf Heilverfahren liegt auf 92 794 (83 145). Hieron entfallen auf ständige Heilverfahren 58 859 (52 207) auf nichtständige Heilverfahren (Bahnerfahr usw.) 33 935 (30 938). Es wurden 84 874 (82 679) ständige Heilverfahren durchgeführt. Hierfür standen der Reichsversicherungsanstalt 7 eigene Heilanstalten und 106 fremde Heilanstalten und Badeorte zur Verfügung. Die durchschnittliche Dauer der Kuren betrug in den Lungenheilstätten 91 (96) Tage, in den Sanatorien und Bädern 81 (81) Tage. Die Zahl der Anträge auf Gewährung von Zuschüssen zu Heilverfahren für tuberkulöse, tuberkulös gefährdete und tuberkulöse Kinder von Versicherten und für Waisenrentner liegt auf 6512 (3612). Zuschüsse wurden bewilligt in 4878 (3382) Fällen für Heilverfahrensgewende wurden 17,1 Millionen M (16 Millionen M) aufgewendet.

Die Gesamtbeitragsinnahme betrug 280 Millionen M (245 Millionen M). Die Beiträge betragen etwa 5 vom Hundert des durchschnittlichen Monatsverdienstes gegen 7 vom Hundert in der Vorkriegszeit. Die Zahl der Versicherten wird für Ende 1927 auf rund 8 Millionen geschätzt.

Die Vermögensverwaltung achtete auf einwandfreie Sicherheit der Anlagen und auf die Verwendung der Mittel zu volkswirtschaftlich und sozial nützlichen Zwecken, auch strebte sie eine möglichst gleichmäßige Zurückführung der Mittel an die Kreise und Wirtschaftszweige an, aus denen sie kamen. Ganz besonders wurde der Wohnungsbau gefördert. Die hierfür zur Verfügung gestellten Mittel betragen rund 75 Millionen M (85 Millionen M). Darlehen für Wohnungsbau und gemeinnützige Zwecke wurden zu Vorzugsbedingungen ausgeben.

Die gesamten Verwaltungskosten betragen rund 9,6 Millionen M (8,4 Millionen M) und machten, wie im Vorjahr 3,4 vom Hundert der Beitragsinnahme aus. In den Verwaltungskosten sind enthalten die Kosten des Beitrags- und Abrechnungswesens, insbesondere auch die an die Reichspost zu leistende Vergütung für den Markenverkauf, sowie die Kosten der gesamten Rechtsprechung.

Die Phöbus-Affäre. Der vom Hauptauschuß des Reichstages bestellte Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Lohmannsche Affäre genehmigte bis auf kleine Änderungen den Bericht und die Schlussfolgerungen des Berichterstatters. Freitag nachmittag tritt der Ausschuß noch einmal zu einer Sitzung zusammen, in der der gedruckte Bericht vorgelegt wird. Der Bericht kommt dann am Montag vor den Hauptauschuß des Reichstages. Nach der lautmännlichen Willen wird jetzt laut „A. Z.“ der Gesamtverlust des Reiches auf 25 Millionen M geschätzt.

**Deutscher Reichstag**

BR. Berlin, 21. März.

**Die zweite Beratung des Kriegsschädenschlussesetzes**

wird fortgesetzt. Abg. Denning (Doll.) erklärt, seine Freunde könnten die Ausführungsvorlage nicht als Schlusssatz annehmen. Das Deutsche Reich habe im Versailler Vertrag die Verpflichtung zur vollen Entschädigung der Liquidationsgeschädigten übernommen.

Abg. Volkammer (W. Pgg.) bezeichnet die in der Vorlage vorgesehenen Entschädigungsätze für die Mittel- und Kleingeschädigten als unzureichend. Die Wirtschaftliche Vereinigung könne der Vorlage nur mit der im demokratischen Antrag gestellten Bedingung zustimmen, daß den Geschädigten nicht für die Zukunft der Weg zu einer besseren Entschädigung versperrt wird.

Abg. Bayersdorfer (W. Ppt.) erklärt, die Regierungsparteien hätten vor der schweren Entscheidung gestanden, entweder den Regierungsvorschlag, der unbefriedigende Entschädigungsätze bot, anzunehmen, oder die Behebung der Not der Geschädigten noch auf längere Zeit zu verschleppen. Die gleichzeitig vom Ausschuß empfohlene Entschädigung lasse die Verbesserung der Entschädigungsätze offen, wenn die Reparationslasten neu geregelt werden.

Abg. Dr. Fried (N.S.) nennt das Schicksal der Liquidationsgeschädigten eine Tragödie.

Abg. Dr. Best (Volkspartei) begründet einen Antrag, der zugunsten einer besseren Entschädigung der Liquidationsgeschädigten die Wiederherstellung eines Teiles der Vorkriegsstände verlangt, die die Heiderieien und die Rührindustriellen schon früher erhalten haben.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In zweiter und dritter Beratung wird die Vorlage in der Ausschlußfassung angenommen.

Vor der Schlußabstimmung gibt Abg. Frhr. v. Nidderhosen (Dem.) eine Erklärung ab, in der behauptet wird, daß die demokratischen Verbesserungsversuche an der Passivität des Reichsfinanzministeriums gescheitert seien. Nur die Erwägung, daß jede weitere Verzögerung den Zusammenbruch wertvoller Erfindungen bedeute, veranlasse die demokratische Fraktion, dem Gesetz, dessen Charakter sie nicht anerkenne, die Zustimmung zu geben.

Für die sozialdemokratische Fraktion erklärt Abg. Schirmer: Nach Ablehnung der sozialdemokratischen Verbesserungsanträge sei die sozialdemokratische Fraktion nicht in der Lage, dem Gesetzentwurf zuzustimmen.

In der Schlußabstimmung wird die Vorlage gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Kommunisten, der Wirtschaftspartei und der bürgerlichen Gruppen angenommen.

Nach Ablehnung der demokratischen Entschädigung werden die Ausschlußentscheidungen angenommen. Sie erfordern die Regierung, bei der Endregelung der Reparationsverpflichtungen auf eine bessere Entschädigung der Geschädigten Bedacht zu sein.

Auf der Tagesordnung steht dann die erste Beratung einer Novelle zum Tabaksteuergesetz. Infolge Widerspruchs des Abg. Fischel (Dem.) wird die Novelle von der Tagesordnung abgesetzt.

Es folgt nun die 2. Beratung der Vorlagen über die Einführung von

**Einfuhrsteuern für Schweinefleisch und über die Herabsetzung des zollfreien Gefrierfleischkontingentes**

von 120 000 Tonnen auf zunächst 50 000 Tonnen. Der Handelspolitische Ausschuß hat den Vorlagen zugestimmt und empfiehlt Entschädigungen, in denen u. a. die Regierung ersucht wird, bei Notständen in der Fleischversorgung der ärmeren Bevölkerung sofort die ausreichende Versorgung dieser Bevölkerung mit zollfreiem Gefrierfleisch sicherzustellen. Dann werden zwei Millionen verlangt, mit denen die Zentralorganisationen der Verbraucher und Fleischer in die Lage gesetzt werden sollen, Lieferungsverträge mit landwirtschaftlichen Genossenschaften abzuschließen.

Abg. Schmidt (Coo.) beantragt die Aufrechterhaltung des bisherigen zollfreien Gefrierfleischkontingentes. Der Redner empfiehlt Entschädigungen seiner Fraktion, in denen für die Gemeinden Bayerns, Württembergs und Thüringens die Befreiung mit zollfreiem Gefrierfleisch in derselben prozentualen Höhe wie bisher verlangt wird.

Abg. Fromm (Dn.) erklärt die Zustimmung der Deutschen nationalen zu den Vorlagen. Es bestehe ein Überangebot an inländischem Vieh und Fleisch.

Abg. Meyer (Dem.) beantragt, das zollfreie Gefrierfleischkontingent nicht auf 50 000, sondern auf 70 000 Tonnen herabzusetzen. Den Einfuhrsteuern für Schweinefleisch würden die Demokraten zustimmen. Bei Ablehnung ihres Antrages werde die Mehrheit der Demokraten gegen die Vorlage stimmen.

Reichsfinanzminister Schiele erklärt, die Regierung sei bestrebt, den Zoll auf Gefrierfleisch möglichst bald neu zu regeln. Dem Abg. Schmidt gegenüber weist der Minister darauf hin, daß die Fleischzufuhr aus dem Auslande fast 1/4 der Menge erreiche, die auf den Reichsmärkten an deutschem Rindvieh zum Verkauf gestellt wird. Die Konkurrenz des zollfreien Gefrierfleisches sei tatsächlich sehr empfindlich für den deutschen Landwirt. Der Minister bittet um Ablehnung der sozialdemokratischen und demokratischen Anträge.

Abg. Öhrle (Komm.) lehnt die Vorlagen ab.

Abg. Dr. Vorländer (Bayr. Pp.) erklärt, die Konkurrenz der zollfreien Gefrierfleischlieferung bedrohe weniger die Großgrundbesitzer, sie sei vielmehr eine Existenzfrage für den Bauernstand. Auf den kommunistischen Bauernantrag werde niemand hereinkommen. (Rufe bei den Kommunisten: So ein volkstümlicher Mensch liegt über Rot!). Wenn Sie, auch nur ein wenig von Landwirtschaft verstanden, dann wüßten Sie, daß das Dasein lediglich eine Frage der Futterverwertung ist. (Große Heiterkeit.)

Die Abgeordneten Cude (N.S.), Hänse-Thüringen (Christl.-Nat. Bauernpartei und Weihenhöfer (Voll.) treten für die Vorlagen ein.

Damit schließt die Aussprache.

Der sozialdemokratische Antrag auf Beibehaltung des bisherigen zollfreien Gefrierfleischkontingentes wird in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 148 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt, ebenso der demokratische Antrag, der das Kontingent auf 70 000 Tonnen herabsetzen will, mit 195 gegen 159 Stimmen bei sieben Stimmenthaltungen.

Die Vorlagen werden nach Ablehnung weiterer Änderungsanträge mit den Ausschlußentscheidungen über erhöhte Gefrierfleischlieferung bei Notständen in 2. und 3. Lesung angenommen.

Die weiteren Ausschlußentscheidungen werden bis zum Nachtragsatz zurückgestellt.

Am 12 Uhr verläßt sich das Haus auf Donnerstag 14 Uhr. Auf der Tagesordnung steht neben kleineren Vorlagen der Bericht des Untersuchungsausschusses über die Ursachen des Zusammenbruchs.

Zwischenzeit hat auf Aufforderung der Behörde Belgien verlassen und hat sich vermutlich nach Luxemburg begeben.

**Politische Neuigkeiten**

**Die Finanzlage des Reichs**

Reichsfinanzminister Dr. Brüder gab am Mittwoch im Haushaltsausschuß des Reichstages genaue Aufschlüsse über die Reserven, die man unter Umständen noch im Etat erblicken könnte. Er wies gegenüber dem in der Öffentlichkeit erhobenen Angriffen auf die Finanzpolitik der jetzigen Regierung darauf hin, daß diese in der Offentlegung der Reserven und der Klarheit des Etats weiter gegangen sei als jede Regierung vorher. Mangelnde Sparsamkeit könne man der Regierung nicht vorwerfen; denn die meisten Ausgaben des Etats, des Nachtragsstats und des Ergänzungstats seien zwangsläufig durch Beschlüsse des Reichstages hervorgerufen. Namentlich das Notprogramm sei zwangsläufig; denn es enthalte im wesentlichen nur Ausgaben zur Wahrung der Not der Landwirtschaft und der Not der Sozial- und Rentenrenten, und daran wolle wohl niemand sparen.

Dr. Brüder gab ferner einen Gesamtüberblick über die Finanzlage des Reiches. Darnach sind in den abgelaufenen 11 Monaten des Rechnungsjahres 1927 an Steuern und Abgaben insgesamt 7,9 Milliarden aufkommen, es fehlen also noch rund 500 Millionen zur Erreichung des neuen Etatsolls, das man im März zu erreichen hofft. Die Überweisungen an die Länder haben in den verflochtenen 11 Monaten fast die ganze den Ländern garantierte Mindestsumme von 2600 Millionen erreicht. Der Minister hat vom 1. März ab die gesamten Ausgaben des Extraordinariums vorläufig gespart. Er glaube, alles unternehmen zu müssen, um eine Senkung des Anleihebedarfes herbeizuführen.

**Reichsbankkreditanstalt und Preußenkasse**

Das preussische Kabinett hat am Mittwoch einer Vereinbarung zugestimmt, die zwischen dem Reichsfinanzministerium und den Vertretern Preußens über die Reichsbankkreditanstalt getroffen wurde. Nach dieser Vereinbarung soll die Reichsbankkreditanstalt zwar neue Vollmachten erhalten, aber die Interessen Preußens und der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse werden dabei gewahrt. Das Recht, der Reichsbankkreditanstalt Darlehen zu gewähren, wird auf 10 Prozent ihres Grundkapitals, also auf etwa 30-40 Millionen M beschränkt. Weiterhin darf die Reichsbankkreditanstalt Darlehens- und Beteiligungsgeschäfte nur mit den neuzuschaffenden Absatzorganisationen durchführen, wobei der Weg zu den Genossenschaften auch nur über die Preußenkasse führen darf. Endlich dürfen die von der Reichsbankkreditanstalt zu erwerbenden Beteiligungen nicht höher als 5 Prozent des Grundkapitals sein, wobei für den Erwerb von Beteiligungen die Zustimmung von Zweidritteln des Verwaltungsrates erforderlich ist.

Der Reichstag stimmte noch am Mittwoch nachmittag diesem Kompromiß zu.

**Eine Rede Dr. Stresemanns**

Bei einem vom Berliner Verband der auswärtigen Presse veranstalteten Festabend ergriff auch Reichsminister Dr. Stresemann das Wort, nachdem vor ihm Konsul Klippgen namens des Vereins Deutscher Zeitungverleger zum Verhältnis der Provinzpresse zur Berliner Presse und zu Regierung wie Öffentlichkeit Stellung genommen hatte.

Nach Ausführungen allgemeiner Natur kam der Reichsaussenminister auf die bevorstehenden Wahlen zu sprechen, bei denen ein jeder, insbesondere die Presse dazu beitragen müsse, den Wahlsieg auf ein Minimum zu beschränken. Den kapitalistischen Kräften müsse ein übermäßiger Einfluß auf die Gestaltung des neuen Reichstages entzogen werden. Dr. Stresemann regte an, die Kosten der Wahlen auf die Parteien nach dem Verhältnis der Stärke der erhaltenen Stimmen zu verteilen. Der Minister trat dann dem richtigen Glauben entgegen, daß eine Partei Deutschland glücklich machen könne. Ohne Koalition könne in Deutschland bei seiner heutigen Konstellation nicht regiert werden. Dr. Stresemann sprach zum Schluß die Hoffnung aus, daß Einigkeit und Sachlichkeit zum Wohle von Volk und Vaterland im Vordergrund des bevorstehenden Wahlkampfes stehen möchten nach dem Vorbild des Herrn Reichspräsidenten, der Pflichttreue, Würde und eine starke Persönlichkeit Altes und Neues überbrückend in sich vereinige.

Der Führer der Zentrumsfraktion des Reichstages, Guérard, wurde ins Berliner Hedwigskrankenhaus übergeführt. Zur Grippe ist Lungentzündung hinzugegetreten. Sein Zustand ist nicht unbedenklich. — Reichswirtschaftsminister Dr. Gurland ist an Grippe erkrankt, ebenso liegt der preussische Ministerpräsident Braun krank darnieder.

**Gemeinde-Rundschau**

Aus dem Mannheimer Bürgerausschuß. Für die Sitzung des Bürgerausschusses am 28. März stehen bedeutsame Vorlagen zur Beratung. Es handelt sich zunächst um den Neubau einer Fortbildungsschule für Mädchen mit einem Kostenaufwand von 1 737 000 M, ferner den Bau einer Oberrealschule für Knaben, mit einem Kostenaufwand von 2 017 000 M und schließlich den Neubau der Handelsschule, dessen Herstellung einschließlich der Straße und des Platzes auf 3 797 000 M veranschlagt ist. Für die Förderung des Wohnungsbauwerkes sollen bis 10 Millionen Reichsmark durch Bürgerhaft ausgeworfen werden.

Der Vorschlag des Heilbrunger Kreises schließt mit einer Einnahme von 797 000 M und einer Ausgabe von 1 427 000 Reichsmark ab. Die Umlage soll engültig festgesetzt werden, wenn die Steuerwerte für 1928 feststehen. An Kreissteuer werden vorläufig erhoben: 10 Pf. von je 100 M Grundvermögen, 4 Pf. von je 100 M Betriebsvermögen, 75 Pf. von je 100 M Gewerbevermögen. Für Erweiterung des Tuberkulosekrankenhauses Hohenstadt waren 450 000 M bewilligt worden.

Im Bezirksrat Mosbach widmete im Auftrag des Bezirksrats Regierungsrat Schmidt dem demnächst scheidenden Oberamtmann Landrat Dr. Friedrich Pfaff Abschiedsworte. Er hob u. a. hervor, daß der staatliche Verwaltungsbeamte es in der Ausübung seines Berufs nicht mehr so leicht habe wie früher, Landrat Pfaff habe in allen seinen Amtsgeschäften neben dem Beamten auch den Menschen geholfen, wo er helfen konnte, als Vorsitzender des Bezirksfürsorgeverbands, als Vorsitzender des Bezirksrats und als Vorgesetzter der Beamten des Bezirksamts. Man könne voraussehen, daß er in dem Amtsbezirk, den das Ministerium für ihn als künftigen Dienstort aussersehen habe, neuen Erfolg ernten werde, so wie er ihn im Amtsbezirk Mosbach bezielden könne. Landrat Dr. Pfaff dankte in bewegten Worten. Mit einem Hoch auf ihn schloß die Sitzung. Anschließend folgte ein gemeinschaftliches Mittagessen, bei dem noch manche Ansprache gewechselt und auch von dem Vorstand des Wasser- und Straßenbauamts hier der gegenwärtigen Tätigkeit des scheidenden gedacht wurde. Bezirksrat Bürgermeister Haag sprach als Vertreter der Bürgermeister.



# Badischer Teil Tulla-Gedächtnisfeier

Am 27. März 1928 jährt sich zum hundertsten Male der Todestag des badischen Obersten und Oberbaudirektors Johann Gottfried Tulla, des Schöpfers der Rheinbrücke. Die Badische Wasser- und Straßenbauverwaltung wird dem Gedächtnis dieses genialen Ingenieurs am 27. März 1928, vormittags 11 1/2 Uhr, eine Weisestunde widmen. Die Veranstaltung wird aus einer Ansprache des Präsidenten der Wasser- und Straßenbauverwaltung, Ministerialdirektor Dr. Dr. Ing. Fuchs, bestehen, die von Vorträgen des Landesbauverwalters unter Leitung des Generalinspektors Josef Krips eingeleitet wird. In der Feier, die im großen Saale des Konzerthauses in Karlsruhe stattfindet, sind Einladungen ergangen. Der Saal ist von der Stadt Karlsruhe in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellt worden.

Auf Wunsch können von der Wasser- und Straßenbauverwaltung noch in beschränkter Anzahl Karten unentgeltlich abgegeben werden.

Demnächst werden am 29. März, abends 8 Uhr, der Mittelbadische Architekten- und Ingenieurverein, die hiesigen Ortsgruppen des Bundes Deutscher Architekten und des Vereins Badische Heimat im großen Rathssaal gemeinsam einen Vortragsabend veranstalten, bei dem Oberregierungsbaumeister Spieß über „Johann Gottfried Tulla und die Rheinbrücke“ mit besonderer Berücksichtigung der ersten Rheinbrücke zwischen Durland und Leopoldshafen sprechen wird. Der Vortrag ist öffentlich bei freiem Eintritt.

## Wohnungsbau

Die Wohnungsbautätigkeit war im Jahre 1927 ungewöhnlich stark. Es wurden im ganzen 13 769 Wohnungen neu geschaffen und zwar fast ausschließlich durch Neubauten. 1924 waren es 4944, 1925: 7867, 1926: 8810 Wohnungen. Der jährliche Neubedarf an Wohnungen durch Verheirathungen und sonstige Haushaltsgründungen mit etwa 8500 Wohnungen wurde hiernach in den letzten 3 Jahren nicht nur gedeckt, sondern auch der Fehlbedarf an Wohnungen, namentlich im vergangenen Jahr, erheblich vermindert. Er wird jetzt auf etwa 14 000 bis 15 000 Wohnungen gesunken sein.

Von den erstellten Wohnungen wurden mit öffentlichen Darlehen gefördert: 1927: 48 %, 1925: 70 %, 1926: 82 %, 1927: 88 %. Die Zahl der mit öffentlichen Darlehen erstellten Wohnungen ist hiernach ständig gestiegen; hieraus kann man ersehen, welche verminderte Wirkung ein Wegfall dieser Darlehen auf die Bautätigkeit und die Bekämpfung der Wohnungsnot hätte.

Die Mittel zur Gewährung von Darlehen wurden in erster Reihe aus den Einkünften der Gebäudesteuerentnahmen, dann aber auch aus den von Land, Wohnungsverbänden, verbandsfreien Städten und einigen sonstigen Gemeinden aufgenommenen Mitteln. Im ganzen wurden als Darlehen gegeben: 1924: 18 692 766 M., 1925: 27 874 069 M., 1926: 51 764 219 M., 1927 (1. 4. bis 31. 9.): 35 672 892 M., zusammen also 134 239 436 M. An dieser Gesamtsumme waren als Bauherren beteiligt: Private mit 83 947 860 M. (62,5 Prozent), Bauvereinigungen mit 29 708 781 M. (22,2 Prozent), Gemeinden mit 20 189 785 M. (15 Prozent), Sonstige mit 407 060 M. (0,3 Prozent).

Vom Lande Baden werden für die Rechnungsjahre 1928 und 1929 voraussichtlich wiederum je etwa 16 Millionen M., also ungefähr dieselben Beträge wie in den Rechnungsjahren 1926 und 1927 für die Förderung des Wohnungsbaues bereitgestellt werden; der Landtag wird die endgültige Entscheidung hierüber wohl in Kürze treffen.

## Die Elektrifizierung der badischen Bahnen

Nach dem Tätigkeitsbericht der Landesgruppe Baden des süddeutschen Kanalvereins und des Badischen Wasser- und Energiewirtschaftsverbandes wird sich die deutsche Reichsbahn schätzungsweise mit etwa 20 Millionen M. an den Rheintrafverken Niederschöndorf, Dögern und Redlingen sowie am Schiffsverkehr beteiligen, weil diese Kraftwerke als Stromlieferanten für den künftigen elektrischen Bahnbetrieb in Baden in Betracht kommen werden.

In welcher Weise und zu welcher Zeit mit dem Bau der einzelnen badischen Strecken begonnen werden soll, sei aus dem Elektrifizierungsprogramm der Reichsbahn zu entnehmen. Danach soll die bereits angelegte Strecke München—Ulm über Stuttgart—Mühlacker bis Wehr weitergeführt werden. Bezüglich dieser Strecke wird auf die Unterstützung der bayerischen Regierung geredet werden können, die aus politischen Gründen großen Wert auf eine gute und schnelle Verbindung mit der Reichsbahn legt. Im badischen Landtag, wo die Angelegenheit bereits zur Sprache gekommen ist, machte Ministerialrat Hellmann die Mitteilung, daß die Reichsbahn dieses Projekt verwirklichen werde. Es sei daher in absehbarer Zeit mit dem elektrischen Ausbau der Strecke Appenweier—Karlsruhe—Mannheim zu rechnen. Die Elektrifizierung der Strecke Appenweier—Basel und Mannheim—Frankfurt werden dann nicht mehr allzulange auf sich warten lassen.

Zum Schluß sagt der Bericht: „Was wir anstreben müssen, ist die Elektrifizierung der großen zusammenhängenden Rheinlinie Basel—Frankfurt, weil ihr Anschluß an die bereits elektrifizierte Strecke Basel—Chasso für die Wirtschaft Süddeutschlands von der allergrößten Bedeutung ist. Darauf muß bei der Reichsbahn immer wieder hingewiesen werden. Wäre die Strecke Mannheim—Basel heute noch im Besitze des badischen Staates, dann wäre schon längst mit der Elektrifizierung begonnen worden, für die die badische Regierung das allergrößte Interesse zeigt.“

## Lohnbewegungen in Baden

Lohnbindung in der badischen Papierindustrie. Das laufende Lohnabkommen für die badische Papierindustrie wurde seitens der Arbeitnehmerorganisation zum 31. März 1928 gekündigt. Die Verhandlungen über die von den Gewerkschaften beantragte Erhöhung der Lohnsätze um 20 Proz. für die pfälzische Papierindustrie finden am 21. März statt.

## Badischer Landesbahnrat

Am 28. März tritt der Badische Landesbahnrat zu einer Sitzung in Karlsruhe zusammen.

## Zentrumslandkandidaten im badischen Reichstagswahlkreise

Die badische Zentrumsparlamentarische gibt folgenden offiziellen Bericht:

Der Landesauschuss des badischen Zentrums war am Mittwoch, den 21. März, zur Aufstellung der Kandidaten in Freiburg i. Br. zusammengetreten. Mit Spannung hat man weit über das badische Land hinaus das Ergebnis der Beratungen abgewartet.

Die Kandidatenliste enthält folgende Namen: 1. Dr. Köhler, Reichsfinanzminister in Berlin, 2. Reichstagsabgeordneter Diez, Radolfzell, Landwirt, 3. Reichstagsabgeordneter Erling, Gewerkschaftssekretär, Karlsruhe, 4. Landtagsabgeordneter Dr. Köhler, Dörschlag, Freiburg, 5. Reichstagsabgeordneter Damm, Landwirt und Küfermeister, Wagnerschwand, 6. Reichstagsabgeordneter Sonner, Karlsruhe, 7. Reichstagsabgeordnete Klara Philipp, Karlsruhe, 8. Landtagsabgeordneter Bürgermeister Büchner, Mannheim, 9. Landtagsabgeordneter Guttschick, Karlsruhe, 10. Landtagsabgeordneter Gertel, Karlsruhe, 11. Weidnermeister Graf, Aßern, 12. Stadtrat Ullrich, Lörrach, 13. Eisenbahndirektor Keller, Kehl, 14. Lehrerin Theodora Auerle, Heidelberg, 15. Geh. Legationsrat a. D. Dr. Künzler, Berlin, 16. Landtagsabgeordneter Kell, Gerolstein, 17. Landtagsabgeordneter Dr. Schäfer, Freiburg i. Br.

Diese Liste entspricht voll und ganz den Grundsätzen, die von uns bei Aufstellung der Kandidatenliste stets vertreten worden sind. Die allgemeinen politischen, kulturpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Interessen sind darin berücksichtigt. Eine Kandidatur von Herrn Dr. Wirth ist in der Vergangenheit innerhalb und außerhalb des Zentrums lebhaft erörtert worden. Die Gründe, warum eine Kandidatur Dr. Wirth lebhaft umstritten war, sind nicht nur in der Zentrumspresse, sondern auch außerhalb derselben weitgehend erörtert worden. Sie sind auch der Gegenstand einer eingehenden Aussprache innerhalb des Landesauschusses gewesen und führten zu dem Beschluß, für dieses Mal von einer Aufstellung des Herrn Dr. Wirth abzusehen. Dabei wurde allgemein betont, daß man seine Fähigkeiten und Verdienste anerkenne, und der Wunsch ausgesprochen, daß diese im Rahmen des Zentrums wieder einmal in den Dienst des deutschen Parlamentes gestellt werden könnten.

Wenn man etwa aus dem Beschluß des Landesauschusses den Vorwurf ableiten wollte, es sei damit ein Wandel in der politischen Linie beabsichtigt, die das badische Zentrum seit der neuen Wera eingehalten habe, so würde das der Wahrheit widersprechen. Der Landesauschuss war einig und geschlossen in dem Ziel, die Fahne des Zentrums zum Sieg zu führen, einig und geschlossen in dem Willen, durch das ganze Land im Geiste der Vater die politischen Vorarbeiten zu den Wahlen zu leisten und durch nichts sich darin stören zu lassen. Dabei war man getragen von dem Bewußtsein, welche hohe Güter dem Zentrum und seiner politischen Vertretung im Lande und im Reich anvertraut sind.

Die Mitglieder des Landesauschusses schieden mit dem Gelübde treuen Zusammenhaltens und entschiedener opferfreudiger Arbeit aus den Beratungen.

## Rheinschiffahrtsverband Konstanz

Am 17. d. Mts. trat in Friedrichshafen der neu gebildete Verkehrsverband des Rheinschiffahrtsverbandes zu seiner ersten Sitzung zusammen. Als Vorsitzender wurde Stadtrichter Dr. Köhler, Konstanz, als stellvertretender Vorsitzender Eisenbahndirektor Bogler, Konstanz, gewählt. Im übrigen wurde die vorgelegte Geschäftsordnung genehmigt und das Arbeitsprogramm des Ausschusses durchberaten. Dem Ausschuss gehören folgende Herren an: Dr. Köhler, Konstanz, Stadtrichter 1. Vor. W. Bogler, Eisenbahndirektor, Konstanz, stellv. Vorsitzender, Dörner, Eisenbahndirektor, Mannheim, Dr. Dörner, Bürgermeister, Waldshut, Jäger G., Schiffsfahrtsdirektor, Mannheim, Dr. B. Karver, Regierungsrat, Feldkirch (Vorarlberg), Meng J., Kommerzienrat, Lindau, Bettich D., Bürgermeister und Landes Syndikus a. D., Stuttgart, Blomberg J., Fabrikant, Dornbirn (Vorarlberg), Kulle W., Handelskammerpräsident, Ravensburg, Scheibel H., Bundesbahndirektor, Innsbruck, Dr. Schneider, Syndikus, Mannheim.

## Aus der Landeshauptstadt

Die Gültigkeit der Sonntagsfahrkarten an Ostern. Sonntagsfahrkarten werden an Ostern von Gründonnerstag, mittags 12 Uhr, bis Ostermontag einschließlich, ausgegeben. Zur Hin- und Rückfahrt gelten diese Karten von Gründonnerstag 12 Uhr ab bis Ostermontag einisch, an allen Tagen, zur Rückfahrt sind sie nur gültig am Karfreitag, Ostermontag, Ostermontag und am Dienstag nach Ostern, jedoch mit der Einschränkung, daß an diesen beiden Tagen die Rückfahrt auf der Zielstation der Fahrkarte bis spätestens um 9 Uhr vormittags, von Unterwegsstationen spätestens mit dem Zug angetreten werden muß, der die Zielstation der Sonntagsfahrkarte um 9 Uhr vormittags verläßt. Die Rückfahrt ist nach 9 Uhr vormittags ohne Fahrunterbrechung, bei Zugwechsel mit dem nächsten anschließenden Zuge zurückzuführen.

Zu dem Bräutigam bei Maxau. Wie das „Karlsruh. Tagbl.“ erfährt, wurde am Montag mit den Vorarbeiten zum Bau der neuen Rheinbrücke bei Maxau begonnen. Man hofft, mit den Probebohrungen, die von der Tiefbauunternehmung Siemens-Bauunion A.-G., Berlin, vorgenommen werden, bis Mitte April fertig zu sein. Mitte Mai könne dann der Ideenwettbewerb für die eigentliche Brücke ausgeschrieben werden. Bis zur Fertigstellung der Brücke rechnet man mit einer Bauzeit von etwa 3 Jahren.

Die Blindenvereinigung von Karlsruhe und Umgebung e. V. hielt dieser Tage ihre diesjährige Generalversammlung ab, zu der auch der Badische Landesblindensekretär, Herr Kanold, gekommen war. Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. 1. Vorsitzender Herr W. Boos; 2. Vorsitzender Herr R. Meiert, Beirat im Sinne des § 226 d. BGB. Herr Dr. R. Mittel, Vertreter des Badischen Blindenvereins Herr Privatier R. Prinz, Rednerin Frau Sofrat Troß, Schriftführerin Frau von Schroeter, Rechnungsführerinnen: Frau Bud und Fräulein Mose, Beiräte Fräulein Widmann und Herr Schaad. Laut Geschäfts- und Kassenbericht war es auch in diesem Jahr gelungen, die Blinden vor äußerster Not zu schützen. Derselbe Dank sei deshalb allen Freunden der Blindenvereinigung gesagt. Die Monatsversammlungen des Vereins werden von nun an jeden ersten Sonntag des Monats von 4 Uhr abgehalten, im Kirchenjaal der Mathäusgemeinde, Rorscholstr. 47.

Ein drittes Opfer bei dem Brande in einem Karlsruher Kinderheim. Leider hat der Brand in dem Karlsruher Kinderheim St. Antonius ein drittes Opfer gefordert, indem eines der an Rauchsvergiftung erkrankten Kinder gestorben ist.

Badisches Landestheater. Das historische Schauspiel „Die Kronpräsidenten“ von Henri Wien, das am Samstag, den 24. März, zum 100. Geburtstag des Dichters (20. März) zur hiesigen Erstaufführung kommt, erhöht die Zahl der Wieneraufführungen unserer Bühne um das sechzehnte Mal, womit sich rund vier Fünftel des dramatischen Gesamtbestandes des großen Norwegers dem Spielplan der verflochtenen vier Jahrzehnte einordnet. Das große Mysterium des inneren Berufs, des Glaubens an sich, im Gegensatz zur Unsicherheit und schwankenden Haltung, die dem Zweifel an die eigene Sendung entspringen, bildet das Grundthema des Dramas der „Kronpräsidenten“. Es ist keine Frage, daß der am Scheideweg stehende Dichter in den Dialogen dieses Schauspiels künstlerische Selbstbestätigung hält und sich von seinen Zweifeln und Sorgen dichtend befreit. Er selbst ist es, der mit dem Freund und Landsmann Hvidsten um das Dichterglück ringt im leidenschaftlichen Kampfe des Für und Wider in der eigenen Brust.

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Mit dem heute nacht um etwa 12 Uhr erfolgten Umschlagen des Windes von Ost auf Südwest sind wir in den Bereich der warmen Vorderseite des neuen über Süddeutschland liegenden Tiefes geraten. Das Aufgleiten der in der Höhe dem Wirbel vorausziehenden Warmluft hatte schon gestern Bewölkungszunahme und auch leichte Niederschläge gebracht, die anfänglich noch als Schnee fielen. Heute morgen ist es in schroffem Gegensatz zu gestern wieder außergewöhnlich mild. Wir werden jetzt voraussichtlich längere Zeit die Lufttemperatur vom Ozean erhalten. Wettervorausage für Freitag: Anhaltend mild und wolfig mit Aufbesserungen bei südwestlichen Winden, vorerst noch meist trocken.

## Kurze Nachrichten aus Baden

St. Mannheim, 21. März. Die Mannheimer St. Peterskirche, deren Grundstein am Sonntag geweiht wurde, wird im Rohbau bereits im Herbst fertig sein. Das Schiff erhält eine Länge von 48 Metern und eine Breite von 20 Metern und wird 800 Personen aufnehmen können. Der Baukosten in Höhe von 575 000 M. lam in der Hauptphase durch die örtlichen Kirchensteuern zusammen.

St. Heidelberg, 22. März. Ein heftiges Fernbeben registrierte heute morgen der Seismograph der Königsstuhl-Sternwarte. Die ersten Wellen folgten 5.29.55 Uhr, die zweiten 5.40.28 Uhr. Die langen Wellen 5.58.51 Uhr. Das Maximum fiel auf 6.9.05 Uhr. Die Bewegung erfolgte erst gegen 9 Uhr. Die Entfernung des Herdes beträgt 9500 Kilometer.

St. Bruchsal, 21. März. Die Anmeldungen für das neue Schuljahr in den beiden höheren Lehranstalten, Gymnasium und Oberrealschule, sind stark zurückgegangen. In beiden Anstalten traten rund 40 neue Schüler ein. Dies ist mit auf das Sinken der Geburtenzahl zurückzuführen.

St. Neckarstulm, 21. März. In den Weinbergen eines Weingutsbesitzers blühen bereits die Mandelbäume.

St. Donaueschingen, 21. März. Das Gymnasium Donaueschingen kann in diesem Jahre sein 150jähriges Bestehen feiern. 125 Jahre davon war es Lyzeum und Progymnasium, seit 26 Jahren Kollanstat.

St. Frankenthal, 22. März. Im Wagnerprozeß wurde heute vormittag die Beweishebung geschlossen. Auf die Vernehmung des am Erscheinen behinderten letzten Zeugnissen wurde verzichtet und nur noch mehrere Modenkaufierer Zeugen vernommen.

## Verschiedenes

### Furchtbares Unglück

W. V. Salzburg, 22. März. (Tel.) Eine Gruppe von 17 Naturfreunden, die eine Skitour auf den Sonnenkogel unternommen hatten, und dort übernachteten, ist am Mittwoch früh auf dem Abstieg verunglückt. 13 wurden von einer Lawine verschüttet, nur 4 konnten sich retten. Die Verunglückten sind durchweg Wiener. Rettungsexpeditionen gelang es, bis 10 Uhr 12 von den Verschütteten als Leichen zu bergen. Ein Verunglückter wird noch vermisst.

### Erdbeben in Mexiko

W. V. Mexiko, 22. März. (Tel.) Gestern ereignete sich in der Stadt Mexiko ein Erdbeben, welches das stärkste war, das seit Jahren sich in Mexiko ereignet hat. Die Bevölkerung lief zu Tausenden auf die Straßen und die Häuser schwanken beträchtlich. In Veracruz dauerte das Beben 1 1/2 Minuten. Die Bestürzung war allgemein. Schäden wurde nicht angeichtet.

## Handel und Wirtschaft

### Berliner Eisennotierungen

	22. März		21. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.22	168.56	168.21	168.55
Kopenhagen 100 Kr.	112.01	112.53	112.01	112.23
Italien . . . 100 L.	22.075	22.115	22.07	22.11
London . . . 1 Pf.	20.393	20.433	20.393	20.433
New York . . . 1 D.	4.1780	4.1860	4.1770	4.1850
Paris . . . 100 Fr.	16.445	16.485	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.485	80.645	80.465	80.625
Wien 100 Schilling	58.80	58.92	58.77	58.89
Prag . . . 100 Kr.	12.382	12.402	12.379	12.399

Gesellschaft für Spinnerei und Weberei, Ettlingen (Baden). Der Geschäftsbericht für 1927 führt aus, daß die Aufwärtsbewegung, die nach dem Krisenjahr 1926 zu erwarten war, Ende 1926 tatsächlich eingetreten sei, aber nur eine Dauer von wenigen Monaten gehabt habe. Trotz der schwankenden Absatzverhältnisse wurde der Betrieb aber mit 53 Wochenstunden nahezu während des ganzen Jahres aufrechterhalten. Hierdurch sammelten sich zeitweilig nicht unbedeutende Warenlagen an, die nur zu unbefriedigenden Preisen abgesetzt werden konnten. Unter diesen Umständen war es unmöglich, abgesehen von den Einwirkungen der Baumwollkonjunktur, einen angemessenen Betriebsergebnis zu erzielen. Der Beschäftigten an der Schwab. Textilwerke A.-G., Ebersdorf a. d. Fils, wurde abgestoßen. Um den Beamten und Arbeitern für die zu gewährenden Pensionen und Unterhaltungen eine gesicherte Grundlage zu geben, soll eine Paul. J. Liebmann-Stiftung errichtet werden, der als Grundkapital 75 000 M. aus dem Reingewinn zugewiesen werden sollen. Für den nach reichlichen Abschreibungen verbleibenden Reingewinn von 686 284,43 M. ist folgende Verteilung vorgesehen: Paul J. Liebmann-Stiftung 75 000 M., 12 Prozent Dividende 600 000 M., Vortrag auf neue Rechnung 21 284,43 M. Der Bericht erhofft für 1928 ein lebhafteres Geschäft.



# Geschäfts-Eröffnung!

Amalienstraße 45

Der verehrlichen Einwohnerschaft von Karlsruhe und Umgebung hiermit zur gefälligen Kenntnis, daß ich am Donnerstag, den 22. März, im Hause Amalienstraße 45 (beim Ludwigsplatz) ein

## Kaffee-„Schokoladen-Spezial-Geschäft

eröffnen werde.

Die durch langjährige Tätigkeit in diesem Fach erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen berechtigen mich zu der bestimmten Hoffnung, allen an mich gestellten Anforderungen vollauf gerecht zu werden.

Ich führe nur prima Qualitäten und garantiere Ihnen die billigste Berechnung derselben. Indem ich Sie bitte, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen, sichere ich Ihnen die sorgfältigste und aufmerksamste Bedienung zu

Hochachtungsvoll

**P. Richard Reißland**

## Während der 8 Eröffnungstage

erhalten Sie beim Einkauf von 3 Reichsmark an (außer Zucker und Schmalz)

einen Karton hochfeine Toiletten-Seife völlig gratis

Kaffee's per 1/4 Pfd.	
Spezial 0	RM. 0,75
" 1	RM. 0,80
" 2	RM. 0,90
" 3	RM. 1,00
" 4	RM. 1,05
" 5	RM. 1,25

Tee's	
Lukulus 4	RM. 1,05
" 5	RM. 1,25
" 6	RM. 1,50
" 7	RM. 1,75
" 8	RM. 2,00

Cacao's	
Holl. gar. rein I	RM. 0,35
" " II	RM. 0,45

Ferner führe ich sämtliche Lebensmittel wie: Reis, Grieß, Erbsen, Linsen, Bohnen, Nudeln, Makkaroni, Suppenwürste, Haferflocken, Mehl, Margarine, sowie sämtliche Koch- und Backmittel

## Konfitüren

pro 1/4 Pfund	
Crema-Pralinen von	RM. 0,20 an
Bonbons . . . von	RM. 0,15 an
Schokoladen-Pl. von	RM. 0,30 an
Albert-Keks . . . von	RM. 0,22 an
Süßala-Mischung	RM. 0,25
Bego-Mischung	RM. 0,30

## Schokoladen

2 Tafel Erdnuß	RM. 0,45
Sortiment Schokolade:	
1 Tafel Mocca, 1 Tafel Vollmilch	
1 Tafel Haselnuß à 100 gr.	
für nur	RM. 0,95

sowie Qual.-Marken-Schokoladen stets in großer Auswahl auf Lager.

401

**DAUER-MÖBELSCHAU**  
INH: ERICH RUDOLFF

**GEDIEGENE und PREISWERTE MÖBEL**

Ausstellung im Markgräflichen Palais am Rondellplatz  
Karlsruhe Karl-Friedrichstr. 23 Ecke Markgrafenstr.

Wer richtig denkt den Schritt richtig lenkt

## „März-Empfehlungs-Verkauf“

im Markgräflichen Palais

Geboten sind hier alle Vorteile eines gediegenen Möbelhauses

## Öffentliche Spartasse Unterschüpf.

Bilanz auf 31. Dezember 1927.

Vermögen.		Schulden.	
	RM		RM
1. Massenbestand	1027,26	1. Spareinlagen	176 647,86
2. Guth. bei Banken, Girozentrale u. Postsparkass.	4859,52	2. Giro- und Konto-Korrenteinlagen	15 915,92
3. Darlehen auf Hypothek	101 710,71	3. Anleihen- und andere Schulden	24 934,57
4. Darlehen in laufender Rechnung an Private	28 760,75	4. Girozentrale Mannheim (Reichszwischenkredit)	9 840,00
5. Darlehen auf Schuldschein	701,90	5. Ausgaberrückstände	443,99
6. Verm. von Landw. Zwisch.-Credit	9 840,00	6. Rücklagen	
7. Einnahmerückstände	5 225,80	a) gesetzl. Reservefond	2 418,26
8. Aufwertungsstock	381,05	b) Aufwertungsstock	5 772,89
9. Gerätschaften	350,00	7. Reingewinn v. Jahre 1927	3 883,50
	239 856,99		239 856,99

## Berechnung der Rücklagen:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% 192 563 RM Einlagen . . . . . 9 628,15 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 6 301,76 RM  
somit weniger . . . . . 3 326,39 RM

Unterschüpf, den 19. März 1928.

## Der Verwaltungsrat.

**Durlach.** M. 779  
Güterrechtsregister. Ein-  
getragen am 16. März  
1928: Schäfer, Ludwig,  
Konditor in Durlach, und  
Sophie geb. Schiel. Ver-  
trag vom 29. Dezember  
1927. Errungenschafts-  
gemeinschaft. Als Vorbe-  
haltsout der Ehefrau er-  
hält ist das von ihr nach  
§ 2 des Vertrags einge-  
brachte Vermögen, sowie  
alles, was sie durch Erb-  
folge, durch Vermächtnis  
oder als Pflichtteil erwirbt  
— Erwerb von Todes  
wegen — oder was ihr

unter Lebenden auf Grund  
unentgeltlichen Titels zu-  
gewendet wird. Amts-  
gericht.

**Durlach.** M. 778  
Güterrechtsregister. Ein-  
getragen am 16. III. 1928:  
Schweizer, Franz Eber,  
Dentist in Jöhlingen, und  
Ferdig geb. Stegle. Ver-  
trag vom 6. Oktober 1925.  
Gütertrennung. Amts-  
gericht.

**Karlsruhe.** M. 782  
Güterrechtsregister.  
einträge.  
1. Band I Seite 52:  
Merz, Wilhelm, Maler-  
meister, Karlsruhe, und  
Berla, geb. Herlan. Ver-  
trag vom 7. März 1928.  
Errungenschaftsgemein-  
schaft mit Vorbehaltsgut  
der Frau. 9. III. 28.  
2. Seite 53: Bauer,  
Richard, Kaufmann,  
Karlsruhe = Veierheim,  
und Emma, geb. Braun.  
Vertrag vom 6. März  
1928. Gütertrennung.  
12. III. 28.  
3. Seite 54: Klein, Karl  
Anton, Kaufmann, Karls-  
ruhe, und Rosa, geb. Wil-  
mann. Vertrag vom 9.  
März 1928. Gütertren-  
nung. 12. III. 28.  
4. Seite 4: Meinger,  
Emil, Polizeiwachmeister,

**ADLER  
FAHRRÄDER**

Sport-Touren-Luxusräder,  
Geschäfts-Zwei- u. Dreiräder,  
Spielend leichter Lauf  
Unverwüstlich

**ADLER-WERKE**  
Filiale Karlsruhe Zirkel 32  
— Telefon 236 —  
Reparaturwerkstätte 393

## Einladung

für die  
**4. ordentliche Generalversammlung**  
der  
Landesbank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H.  
Karlsruhe  
am Samstag, den 14. April, nachm. 1/4 Uhr,  
im großen Sitzungssaal der Karlsruher Lebensver-  
sicherungsbank A.G., Kaiserallee 4.

## Tagesordnung:

- Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr 1927, Vorlage der Vermögensaufstellung und der Gewinn- und Verlustrechnung.
- Genehmigung der Vermögensaufstellung, Entlastung des Vorstandes und Aufsichtsrats.
- Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinns.
- Festsetzung des Höchstbetrags, welchen sämtliche die Genossenschaft belastenden Anleihen und Spar-einlagen zusammen nicht überschreiten dürfen.
- Festsetzung der Höhe der Vergütung an die Mit-glieder des Aufsichtsrats.
- Aufsichtsratswahl.

## Der Aufsichtsrat:

Dr. E. Weingart, Rechtsanwalt  
Vorsitzender.

Die Vermögensaufstellung sowie die Gewinn- und Verlustrechnung liegen eine Woche vor der General-versammlung in dem Geschäftsbüro der Genossenschaft zur Einsicht der Genossen auf.

Karlsruhe, und Ida, geb. Henfinger. Der Mann hat die Ausschließung der Schlüsselgewalt der Frau wieder aufgehoben. 12. III. 1928.  
5. Seite 55: Kilsheimer, Edmund, Kaufmann, Karlsruhe, und Johanna, geb. Benjamin. Vertrag vom 20. Januar 1928. Errungenschaftsgemein-schaft mit Vorbehaltsgut der Frau. 17. III. 28.  
Amtsgericht Karlsruhe.  
Gleis- und Befehlsar-beiten — 440 Ird. m — im Bahnhof Waldshut zu ver-

**Ruhholz-Verkauf.**  
Bad. Forstamt Offen-burg, Freitag, den 30. März, vormittags 9 Uhr: 717 fm Fichtenstammholz. Losverzeichnis durch das Forstamt. M. 777

**Badisches Landestheater**  
Freitag, 23. März 1928  
\* F 22 (Freitagmiete)  
Tb.-Gem. 401-500  
und 851-900

**Plinom**  
von Molnar  
In Szene gesetzt von  
Felix Baumbach

Bilkom	Leitgeb
Julie	Bertram
Marie	Mademacher
Frau Muscat	Ermarth
Lutse	Quaiser
Frau Hollunder	Ziegler
Fiscur	Brand
Hollunder	Graf
Beifeld	Kloeble
Drechsler	Gemmede
Linzmann	Schulze
Stadthauptmann	Herr
Berkovich	Schneider
Polizeikommissar	Höfner
Schubmann	Meßner
Berittene Polizisten	Kühne
Polizist	von der Trend
Detective	Prüter, Kuhn
Arzt	Kienischer
Dr. Reich	von der Trend
Kädat	Müller

Anfang 20 Ende nach 22 1/2  
I. Rang und I. Sperrstüb  
5 RM

Samstag, 24. März:  
Zum 100. Geburtstag von  
Genf. Jöfen. Zum ersten-  
mal: Die Kronprinzenden.  
So 25. März: Nachmittags:  
Samson und Dalila. Abends:  
Der Freischütz. Im Konzertth:  
keine Vorstellung.

**COLOSSEUM**  
Waldstraße 16  
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr  
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die neue  
**REVUE**  
Geheimnisse  
des Harems

Drud G. Braun, Karlsruhe